

2012-06-27

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die

Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus

am 20.06.2012

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:15 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU
Trocha, Harald
Gebhardt, Roland

Nicht anwesend zu den TOP's 12.6 bis 12.8

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Krüger, Otto-Harald

Fraktion der SPD
Hartmann, Robert

Vertreter für Herrn Laue,
Anwesend bis TOP 8

Dreibrodt, Hans-Peter

Fraktion Pro Dessau-Roßlau
Otto, Hans-Georg

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN
Giese-Rehm, Stefan

Vertreter für Herrn Busch,
Anwesend bis TOP 8

Fraktion der FDP
Maloszyk, Rainer

Vertreter für Herrn Dr. Neubert

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Eröffnung der gemeinsamen Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, wurde durch die Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus sowie des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Gremien (8 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, 9 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt) festgestellt.

2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde durch **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, folgender **Antrag** gestellt:

Die Tagesordnungspunkte 12.7 „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 58 "Biogasanlage Lukoer Straße", Durchführungsvertrag, Abwägungs- und Satzungsbeschluss“ und 12.8. „Änderung des Maßnahmebeschlusses Hagenbreite“ der ausgereichten Einladung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt werden zu Beginn des Tagesordnungspunktes „Öffentliche Beschlussfassungen“ 12.1. und 12.2 beraten.

Weitere Anmerkungen oder Änderungsvorschläge wurden zu den ausgereichten Tagesordnungen nicht vorgebracht, so dass sie zur Abstimmung gestellt wurden.

Abstimmungsergebnisse:

Die Tagesordnung wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** einstimmig bestätigt. **8 / 0 / 0**

Die Tagesordnung wurde vom **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** einstimmig in der geänderten Form bestätigt. **9 / 0 / 0**

3. **Präsentation der Zwischenergebnisse Stadtentwicklungskonzept und Masterplan Innenstadt**

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege, gab eingangs einführende Erläuterungen zum aktuellen Stand. Der Fördermittelgeber hat die Stadt Dessau-Roßlau aufgefordert, eine weitere Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes vor dem Hintergrund einer neuen Förderperiode vorzunehmen. Ziel und Anliegen des Stadtentwicklungskonzeptes soll es sein, dass alle Fachressourcen umfassend integriert werden. Diese Herangehensweise ermöglicht auch für die nächsten Jahre, ein gutes Monitoring durchzuführen und die Ergebnisse über Zahlen zu reflektieren. Der Masterplan Innenstadt (MPI), so Frau Jahn weiter, sei als kleinräumiger Plan des Stadtentwicklungskonzeptes zu betrachten, der die künftigen Maßnahmen in der Innenstadt beinhalte. Beide Planungen seien sehr integriert angelegt, und Frau Jahn hoffe, in den verschiedenen Ebenen auf breite Akzeptanz der Konzepte. Die einzelnen Arbeitsphasen wurden in den jeweiligen Sitzungen des Beirats für Stadtentwicklung mit dem Ziel erörtert, einen Vorentwurf zu erarbeiten und den entsprechenden Gremien vorzustellen.

Der MPI soll zukünftig die Grundlage für geplante Investitionen und für einen effizienten Mitteleinsatz bilden.

Weitere Ausführungen zum Stadtentwicklungskonzept gab im Anschluss daran **Herr Dr. Stahl, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**. Anhand von Zahlenmaterial und grafischen Darstellungen machte er den Anwesenden den demografischen Wandel der Stadt Dessau-Roßlau bis zum Jahr 2035 deutlich. Ergebnis sei, so Herr Dr. Stahl, ein immenser Bevölkerungsverlust und eine starke Überalterung, die sich auch in städtebaulich gut aufgestellten Stadtbezirken und Ortschaften bemerkbar machen werde. Diese wurden erstmalig in kleinräumigen Abbildungen im Stadtentwicklungskonzept sichtbar gemacht.

Im Weiteren ging Herr Dr. Stahl auf die Analyse einzelner Themenfelder ein, beispielsweise Wohnen, Wirtschaft und Innovation, Verkehr, Versorgung, Soziales, Landschaft und machte die Auswirkungen des demografischen Wandels daran fest. Diese Analyse stelle die Stadt vor eine große Herausforderung und sie benötige hierfür ein klares und verbindliches Strategiepapier, das diesem negativen Trend mit entsprechenden Maßnahmen entgegenwirke. Das integrierte Stadtentwicklungskonzept gebe Empfehlungen für das Handeln von Politik, Verwaltung und Stadtakteuren und spiegele eine kleinräumige Untersetzung in den Handlungsfeldern wieder.

Frau Jahn benannte im Anschluss daran die einzelnen Handlungsräume des Masterplans Innenstadt, wie Zerbster Straße und Umfeld, Aufwertung der Magistralen, Stadtpark, Muldebalkon und Grüne Ost-West-Traverse, Campus Ost, Umweltstadt, Kulturstadt und urbanes Dorf sowie das Justizquartier und gab den Anwesenden die zentralen Beratungsschwerpunkte der Beiratssitzung vom 19.07.2011 zur Kenntnis. Diese beinhalten im Wesentlichen entsprechende Maßeempfehlungen für die o. g. Handlungsräume sowie Vorschläge zur Vernetzung von lokalen Akteuren. Weiterhin ergänzte Frau Jahn die Aufträge, die aus den Sitzungen vorangegangener Beiratssitzungen und der Lenkungsrunde abgeleitet wurden:

1. schnellst mögliche verkehrliche Beruhigung der Kavallerstraße
2. Qualifizierung des Bereichs Schlossplatz
3. Weiterentwicklung der Aufwertung der Zerbster Straße
4. Rückverlagerung und Zentralisierung der Stadtverwaltung in die Innenstadt
5. Ausweisung von Potentialräumen für Stadthäuser/höherwertiger Wohnungsbau
6. Lage der Stadt an der Mulde – Potential nutzen

Zum Abschluss informierte Frau Jahn über die weitere Verfahrensweise. Ziel sollte es sein, einerseits das Stadtentwicklungskonzept bis zum I. Quartal 2013 mit einer breiten öffentlichen Beteiligung zu qualifizieren und andererseits den Masterplan Innenstadt in seiner Endfassung dem Stadtrat Ende des Jahres 2012 zur Beschlussfassung vorzulegen.

In diesem Zusammenhang verwies Frau Jahn auf den Kulturentwicklungsplan und erläuterte die Schnittstellen zum Stadtentwicklungskonzept und zum Masterplan Innenstadt.

Als zuständiger **Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung** richtete **Herr Hantusch** noch eindringliche Worte an die anwesenden Stadträte. Er erinnerte daran, dass in den letzten Monaten bereits ganz wesentliche Konzepte erarbeitet wurden, die für die geordnete und nachhaltige Entwicklung dieser Stadt enorm wichtig sind, sei es das Leitbild der Stadt oder die Prioritätenliste künftiger Investitionen als wichtige Arbeitsgrundlage. Noch zu keinem Zeitpunkt hatte die Stadt eine bessere Datenlage, als über die vorliegenden integrierten und tiefgehenden Planwerke, wie das integrierte Stadtentwicklungskonzept und den Masterplan Innenstadt. Unter Berücksichtigung des demografischen Wandels habe die Stadt bis 2025 als Zielgröße noch große und existenziell wichtige Aufgaben vor sich. Aber, so Herr Beigeordneter Hantusch weiter, was nützen die besten Konzepte, wenn die Umsetzung scheitere. Er appellierte deshalb an die Anwesenden, die verschiedenen Systeme, wie Stadtrat und Verwaltung zu nutzen, um diese Aufgaben gemeinsam zu lösen. Gefragt seien Einigkeit, Kompromissbereitschaft und Unterordnung, nur so sei es möglich, die Stadt erfolgreich weiter zu entwickeln. Er sei selbst nur Teil des Systems, die Aufgaben seien nur gemeinsam umsetzbar.

Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus bedankte sich bei Frau Jahn und Herrn Dr. Stahl für ihre Ausführungen und eröffnete die Diskussion.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, hinterfragte, warum im vorliegenden komplexen Stadtentwicklungskonzept die Sozialplanung der Stadt keine Berücksichtigung fand. **Frau Jahn** erläuterte, dass die Sozialplanung sowie alle vorliegenden Planungen der einzelnen Fachressorts Einarbeitung fanden und wiederholte, dass das einzige fehlende Dokument der Kulturentwicklungsplan sei, der aber zeitnah eingearbeitet werde.

Herr Schönemann äußerte nachdrücklich, dass er großen Wert auf die Vernetzung der Fachbereiche im Stadtentwicklungskonzept lege, alles andere sei nicht zielführend, ergebnisorientiert und zeuge von keiner Beschlusstreue. Weitere Ausführungen machte Herr Schönemann zum Ausstellungs- und Besucherzentrum. Für ihn bestünde das Projekt weiterhin als Arbeitsthema, da hierzu verbindliche Beschlüsse existieren.

Positiv zum Zusammenspiel von Stadtentwicklungskonzept, Masterplan Innenstadt und Kulturentwicklungsplan äußerte sich **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**. Er erkundigte sich, wie die Vernetzung geplant sei, damit sich alle Stadträte in den Ausschüssen auf dem gleichen Kenntnisstand befinden, um in eine konstruktive Diskussion einsteigen zu können.

Herr Beigeordneter Hantusch sicherte den Anwesenden zu, dass Herr Vorjans, Amtsleiter für Kultur, bei der Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes jederzeit involviert war und er die Intentionen der Stadt in dem Kulturentwicklungsplan mit berücksichtige. Herr Hantusch unterbreitete den Vorschlag, die gezeigte Präsentation auch dem Kulturausschuss vor Beschlussfassung des Kulturentwicklungsplanes vorzustellen, um einen besseren Abgleich der Handlungsfelder gewährleisten zu können.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, merkte hierzu an, dass sich der Planung konkrete Maßnahmen anschließen würden, die auch Kosten verursachen werden. Seine anschließende Frage zielte darauf ab, ob es mit der neuen EU-Förderperiode 2014-2020 neue Prämissen gebe, die eine wesentliche Veränderung der Finanzierung nach sich ziehe. Gleichzeitig merkte er an, dass man zukünftig nicht mit mehr Fördermitteln rechnen dürfe und diesem Fakt genügend Berücksichtigung schenken müsse.

Frau Jahn bestätigte das Gesagte und fügte hinzu, dass bei Fördermitteln zukünftig die Ausrichtung der Maßnahmen hinsichtlich energetischer Fragen und Klimaanpassung stärkere Berücksichtigung finden würde.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, wertete positiv das gezeigte Kartenmaterial in der Präsentation und äußerte die Bitte, dieses Material digital an alle Fraktionen auszureichen, um hiermit weiter arbeiten zu können.

Herr Mau gab diese Bitte als Arbeitsauftrag an die Verwaltung weiter.

Einen weiteren Arbeitsauftrag an die Verwaltung formulierte **Herr Schönemann**. Er bemerkte hierzu, dass bereits im Beirat die Schwerpunkte zur Aufwertung der Kavallerstraße fixiert wurden. Als Arbeitsaufgabe formulierte er:

Erarbeitung eines Gutachtens zur Verlagerung des Verkehrs aus der Kavallerstraße als Grundlage zu deren Aufwertung in Teilschritten.

Es bestehe die Notwendigkeit zu klären, in welcher Zeit und in welcher Art und Weise man den Verkehr aus der Kavallerstraße entfernen könne, um die Voraussetzung für deren Aufwertung zu schaffen.

Auch über weitere Maßnahmen, die bezahlbar und umsetzbar wären, sollte man sich Gedanken machen, um bereits jetzt mit einer Aufwertung der Kavallerstraße beginnen zu können.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht. Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen**.

4. Öffentliche Informationsvorlagen

4.1. Soziale Stadt - Aufgabenzuordnung zwischen den Dezernaten V und VI Vorlage: DR/BV/477/2011/VI-61

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege, erläuterte eingangs, dass der Stadtrat am 02.02.2011 die „Fortschreibung der Maßnahmeliste und Ausrichtung Soziale Stadt“ beschlossen habe. Bis zum 30.11.2011 standen dem Dezernat V noch zwei Mitarbeiter (Kommunal-Kombi) zur Verfügung. Zwischenzeitlich gab es inhaltliche Abstimmungen zwischen dem Dezernat VI und dem Dezernat V zur Aufgabenverteilung, mit dem Ergebnis, dass die Aufgaben der Projektentwicklung und Weiterführung der sozialen Netzwerkarbeit durch das Dezernat V und die Aufgaben der Programmsteuerung sowie der umsetzungsorientierten Begleitung baulich-investiver Projekte durch das Dezernat VI wahrgenommen werden.

Die Nachfrage von **Herrn Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, ob für die Jahre 2013/2014 Projekte angemeldet worden sind, wurde von **Frau Jahn** verneint.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5. Öffentliche Beschlussfassungen

5.1. Städtebauliche Reparatur des Ensembles der Meisterhäuser in Dessau-Roßlau - Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses, in Verbindung mit dem Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten - Umwidmung von Fördermitteln der Förderjahre 2009 und 2010 Vorlage: DR/BV/185/2012/VI-65

Im Vorfeld der Sitzung wurde den Stadträten ein überarbeitetes Exemplar der Beschlussvorlage, welche eine Korrektur im Bereich der Finanzierung aufwies, ausgereicht. Hierzu stellte **Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, die Frage, aus welchem Grund dies erfolgte.

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement, informierte, dass es sich bei der Änderung in der Finanzierung inhaltlich um den Beschlusspunkt 4 handele, der in der Zuständigkeit des Hauptausschusses liege und sich auf die Änderung der Verpflichtungsermächtigung beziehe, die es ermögliche, Aufträge, die erst im Jahr 2013 kassenwirksam werden, bereits in diesem Jahr auszulösen, d. h., es sei ein formales Thema der Kämmererei. Er betonte, dass die Verpflichtungsermächtigung keinen Einfluss auf andere laufende Projekte habe.

Herr Trocha, Fraktion der CDU, kritisierte, dass die geänderte Beschlussvorlage bereits im Ratsinformationssystem eingepflegt war und bat, bei Änderungen, diese zukünftig vor der Sitzung per Mail an die Stadträte auszureichen.

Herr Bekierz bat um Nachsicht für die besondere Situation, da die Bearbeitung erst sehr spät zum Abschluss gebracht werden konnte. Er betonte nochmals, dass die Änderungen in der Finanzierung, speziell der Verpflichtungsermächtigungen, keine Auswirkungen auf das fachlich zu beratende Projekt haben.

Durch **Herrn Rumpf, Fraktion der CDU**, wurde die Frage formuliert, wie es zu der Differenz komme, bei einer ausgewiesenen Fehlbedarfsfinanzierung in Höhe von 1.060.000,00 € und der dargestellten Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.670,800,00 €.

Herr Bekierz erklärte hierzu, dass beide Zahlen korrekt seien. Da es aber zu erheblichen zeitlichen Verschiebungen in der Bauphase komme, existieren andere Haushaltsansätze in den Jahren, als die, die benötigt werden und man benötige aus diesem Grunde die Verpflichtungsermächtigungen. Die Verpflichtungsermächtigung sei nicht identisch mit der Erhöhung, sondern es sei der Teil, den die Stadt im Jahr 2012 in Auftrag geben, aber erst 2013 kas-senwirksam werde.

Zum weiteren Verständnis gab Herr Bekierz erläuternde Informationen zur Beschlussvorlage. Die Ursachen für den Kostenaufwuchs begründen sich einerseits in technischen Problemen (Anlage 3) und andererseits in den erheblich höheren Angeboten. Zur generellen Problema-tik Kostenschätzung erläuterte Herr Bekierz die seit Jahren praktizierte Anwendung der Kos-tenprognose mittels aktuellem Kostenstatus. Werden frühzeitig finanzielle Abweichungen festgestellt, habe man die Wahl zwischen der Erhöhung der Ausgaben oder der Reduzierung der Aufgaben, in vielen Fällen auch die Kombination beider Möglichkeiten. So war es in der Vergangenheit möglich, die Maßnahmen innerhalb des Budgets zu realisieren.

In der vorliegenden Vorlage werde erläutert, weshalb die Verwaltung von einer Reduzierung der Maßnahme sowohl qualitativ als auch quantitativ Abstand nehme. Umgehend wurden nach Bekanntwerden des entstehenden Mehrbedarfs die Gespräche mit dem Bund und Land gesucht. Mit dem Ziel, die prognostizierten Mehrkosten finanziert zu bekommen. In der Vor-lage sei ein abgestimmtes Finanzierungskonzept ersichtlich, durch das die Stadt in der Lage sei, die Maßnahme, wie sie im Jahr 2010 beschlossen wurde, fertig zu stellen.

In der Planfortschreibung sei erstmals eine zukunftsfähige Lösung auch für die Toilettenan-lage dargestellt worden. Offen blieb bislang in der Diskussion die Möglichkeit des Verzichtes von Teilen der Umfassungsmauer. Hierzu habe sich die Verwaltung in dieser Vorlage nach Abwägung der Varianten eindeutig positioniert. Die Empfehlung laute, die vollumfängliche Herstellung gemäß Planung, da es nach Rücksprachen mit Planungsbüros keine erklärbaren Alternativen gebe.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, hinterfragte, ob Mittel der Stadt, die für die Sanierung des Kornhauses vorgesehen waren, über Umwege zur Finanzierung der Mehrkosten dieses Projektes zur Verfügung gestellt wurden.

Herr Bekierz erklärte, dass es beim Kornhaus um eine reine Nutzbarmachung und Herstel-lung der Konzessionsfähigkeit des Objekts gehe. Die Maßnahme beinhalte Reparaturlei-stungen, die aus dem Verwaltungshaushalt finanziert werden und schließe deshalb eine Ver-mischung mit investiven Vorhaben aus.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, stellte mit Bezug auf die Inhalte der Vorlage fest, dass durch das zuständige Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) die grundsätzliche Förderfähigkeit und Möglichkeit der Umwidmung der Mittel im Mai 2012 bes-tätigt und eine zügige Bearbeitung zugesichert wurde. Des Weiteren sei in der Vorlage fixiert, dass die entsprechenden Umwidmungsanträge derzeit erarbeitet werden. Er brachte seine Verwunderung zum Ausdruck, dass die Verwaltung immer noch in der Antragsphase sei und die offizielle Bestätigung der Mittel fehle.

Eine weitere Frage formulierte Herr Otto zu den in der Vorlage ausgewiesenen „nicht gesi-icherten Fördermitteln“ und erkundigte sich, um welche es sich handele.

Seine Fragestellung fortsetzend, erkundigte er sich nach den aufgelaufenen Gesamtkosten, insbesondere nach den fehlenden Wettbewerbskosten und forderte eine Erklärung, wo die auf S. 6 der Anlage 1 ausgewiesenen „nennenswerten Maßnahmen zur Kostenreduzierung“ eingesparten finanziellen Mittel (342.000,00 €) verblieben seien. Demnach seien die Ge-samtkosten des ursprünglichen Projekts noch höher.

Herr Bekierz erklärte, dass die Umwidmungsanträge parallel in der Erarbeitungsphase mit dem Land abgestimmt wurden und eine Konkretisierung mit eingearbeitet werden konnte. Eine Antwort vom BBSR wurde für Anfang Juli zugesichert.

Zum Thema „nicht gesicherte Fördermittel“ informierte er weiter, dass die Doppelplanung derzeit vom Landesverwaltungsamt geprüft werde und man für den Fall der Ablehnung oder Bestätigung finanziell durch Eigenmittel abgesichert sei.

Zur Kostenreduzierung „nennenswerter Maßnahmen“ erläuterte Herr Bekierz, dass Projekte grundsätzlich fortgeschrieben werden. In seinen Ausführungen ging er auf die einzelnen Maßnahmen ein und erklärte aus bau- und planungstechnischer Sicht die Einsparungen.

Der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch**, ergänzte hierzu, dass ein Bauvorhaben ein Annäherungsprozess (sukzessive Iteration) in Bezug auf die Kosten sei, der sowohl negativ als auch positiv verlaufen könne.

Zu den Wettbewerbskosten äußerte sich **Herr Bekierz** abschließend mit der Information, dass der vorgeschaltete Wettbewerb kein Bestandteil der Maßnahme sei. Im Gegensatz dazu seien die Kosten der Doppelplanung, die nach dem Wettbewerb gelaufen sei, Bestandteil der Maßnahme und wurden auch so ausgewiesen.

Herr Hartmann, Fraktion der SPD, äußerte eine Verständnisfrage. Er sei davon ausgegangen, dass im Jahr 2013 das Objekt abgeschlossen werde und das Ensemble in sich geschlossen in Funktion übergehe. Im Finanzplan sei demgegenüber aber für das Jahr 2014 noch ein Kostenansatz geplant.

Herr Bekierz bemerkte hierzu, dass der Termin der Fertigstellung der städtebaulichen Reparatur für den September 2013 vorgesehen sei. Üblicherweise seien ganz erhebliche Zahlungen aus dem Bau im Jahr 2013 erst in 2014 zu erwarten, was den Haushaltsansatz in 2014 rechtfertige.

Herr Bähr, Fraktion der FDP, bemerkte hierzu, dass man den Zeitpunkt der Kostenschätzung aus dem Jahr 2008 nicht außer Acht lassen dürfe, d. h. sich die Frage zu stellen, wann wurde geplant und was sei daraus geworden. In dieser Zeit wurde ein Konjunkturprogramm auf großer Ebene angeschoben und eine schwierige wirtschaftliche Situation habe den Baupreis steigen lassen. In diesem Zusammenhang erkundigte er sich, was mit den Projekten passiere, wo die Umwidmung der Mittel erfolge. Eine Realisierung dieser geplanten Vorhaben solle man nicht aus den Augen verlieren.

Herr Bekierz antwortete, dass die Stadt Dessau an den Projekten weiter fest halte und nach Gesprächen mit dem Land und dem BBSR auf eine GA-Förderung sowie auf Rücklaufmittel hoffe.

Herr Glathe, Fraktion der CDU, stellte die ergänzende Frage, ob das Projekt Bauhaus - Besucher-, Ausstellungs- und Informationszentrum auf Grund der Umverteilung ad acta gelegt werde.

Herr Beigeordnete Hantusch antwortete hierzu, dass die Verwaltung an der Gesamtschlussvorlage festhalte und das Projekt als Haushaltsstelle erhalten bleibe. Die Federführung liege derzeit beim Kultusministerium.

Herr Mau stellte abschließend die Frage, ob es sich bei den aufgelisteten technisch begründeten Mehrkosten um die letzten Mehrkosten handele, oder ob mit einer weiteren Kostensteigerung zu rechnen sei.

Herr Bekierz antwortete, dass er dies nicht wisse, es blieben bis zum Schluss Prognosen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnisse:

Dem Beschluss wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** zugestimmt.

5 / 2 / 1

Dem Beschluss wurde vom **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** zugestimmt.

5 / 2 / 2

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Rumpf, Fraktion der CDU, stellte fest, dass zum Thema Teilortsumgehung Roßlau eine Variantenbetrachtung vom Ministerium vorliege. Er erkundigte sich nach dem Stand der Stellungnahme der Verwaltung.

Der **Beigeordnete für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herr Hantusch**, erklärte, dass die Stellungnahme vorliege.

Herr Rumpf bat als Arbeitsauftrag um Ausreichung dieser Stellungnahme an die Fraktionen.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, den öffentlichen Teil der gemeinsamen Sitzung schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

8. Schließung der gemeinsamen Sitzung

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus und des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt um 18:20 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 27.06.2012

i. A. Riehl
Schriftführerin

Fortsetzung der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt (Ratssaal)

9. Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 10.05.2012

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 10.05.2012 wurden keine Anmerkungen vorgebracht. Es wurde durch **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 2

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 10.05.2012 wurde ungeändert bestätigt.

10. Bekanntgabe der Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Gremiums vom 10.05.2012

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die Beratungsergebnisse folgender Informations- und Beschlussvorlagen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 10.05.2012:

Vergabe von Bauleistungen

Vergabe-Nr.: 03/2012 DE-RO, Ortsentwässerung Törten, Teilobjekt 9, Straßenentwässerung und Fahrbahnaufbau Hagenbreite

Gesamtleistung:

Los A Verkehrssicherung (AG DVV Stadtwerke), Los B Schmutzwasserkanal/Trinkwasserleitung (AG DVV Stadtwerke), Los C Straßenentwässerung/Fahrbahn (AG Stadt Dessau-Roßlau), Los D Straßenbeleuchtung (AG Stadt Dessau-Roßlau)

Vorlage: DR/BV/109/2012/VI-66

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Rahmenvereinbarung mit dem Saarländischen Schwesternverband e. V.
Vorlage: DR/BV/127/2012/VI-63

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

11. Öffentliche Informationsvorlagen

11.1. Voraussetzungen für eine Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen gegen Vernässung Vorlage: DR/IV/022/2012/VI-83

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde im Zusammenhang mit der Thematik festgestellt, dass seitens der Verwaltung in der Ausschusssitzung im Festsaal „Neu-Sanssouci“ am 09.06.2011 bereits die Bereitschaft geäußert wurde, eine Zusammenarbeit mit den regionalen Planern zu organisieren.

In einer der letzten Sitzungen des Ausschusses, erwiderte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wurde die Information gegeben, dass eine Abstimmung mit den Planern stattgefunden habe und entsprechende Einladungen zu einem Stammtisch versandt werden.

Darüber hinaus habe er eingeklagt, so **Herr Otto**, dass seitens der Verwaltung die Ergebnisse des Gutachtens zur Entwässerung des Flugplatzgeländes vorgestellt werden.

Dieses Thema werde man auf die Tagesordnung der nächsten regulären Sitzung nach der Sommerpause am 11.09.2012 nehmen, antwortete **Herr Schönemann**. Ein weiteres wichtiges Thema sei der Umgang mit der aktuellen Plage des Eichenprozessionsspinners im Stadtgebiet. Hier sei Gefahr im Verzug, eine Absaugung der befallenen Bäume sei zu organisieren. Seitens des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung wurde bereits signalisiert, dass verwaltungsintern Abstimmungen zur weiteren Vorgehensweise laufen.

Herr Maloszyk, Fraktion der FDP, ergänzte, dass auch durch eine andere Schädlingsart, die Buchsbäume befällt, ähnliche Gefährdungen ausgingen.

Als Maßnahmen zur Abwehr beschrieb **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, das Einnebeln der betreffenden Bäume und das anschließende Absaugen der Schädlinge. Bislang seien 70 betroffene Bäume verortet worden. Eine Anfrage zur Gesundheitsgefährdung wurde über den OB an das Gesundheitsamt gerichtet. Darüber hinaus sei eine Bedarfsanmeldung i. H. v. 14 T€ erfolgt, deren Freigabe durch den OB zu entscheiden sei. Wegen der Gefährdung sei bereits in der Presse gewarnt worden, für die Aktualisierung der bisherigen Berichterstattung zeichne das Gesundheitsamt verantwortlich.

Dass auf den privaten Flächen der Stadt über Mittel des Unterhalts entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden, erklärte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, und verwies auf die Pflicht der Privateigentümer zur Behandlung der Bäume auf eigenen Flächen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

12. Öffentliche Beschlussfassungen

12.1. Änderung des Maßnahmebeschlusses Hagenbreite Nach Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates am 06.06.2012 Vorlage: DR/BV/172/2012/Linke

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, schilderte einleitend sein Problem mit der vorgesehenen Art der Finanzierung der Maßnahmen. Nach dem mittlerweile durchlaufenen Prozess der öffentlichen Diskussion und der Begleitung durch die Betroffenen sehe er Möglichkeiten, die Entscheidung, wie in der Vorlage dargestellt, zu treffen. Auch habe sich, entgegen anders lautender Aussagen, der Petitionsausschuss in dieser Angelegenheit noch nicht geäußert. Er votiere weiterhin für die Anwendung des Ausbaurechts und dafür, abzuwarten, ob eine Klageeinreichung erfolge.

Dass man in dieser Sache keine Option, kein Wahlrecht habe, erklärte **Herr Westhagemann, Leiter des Rechtsamts**. Dies sei im entsprechenden Schreiben des Innenministeriums bestätigt worden. Er erläuterte die rechtlichen Grundlagen der Betrachtung und das Verfahren zur Prüfung der anzuwendenden Regelungen sowie dessen Ergebnis. Zwingende Rechtsfolge sei die Anwendung des Erschließungsrechts. Einem anders lautenden Beschluss des Stadtrats müsste der OB widersprechen.

Zum jetzigen Zeitpunkt sei keine Alternative mehr zu entscheiden, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Im Vergleich zur Beseitigung der Hochwasserschäden in Waldersee sei die Herangehensweise der Verwaltung entscheidend, die bereits frühzeitig eine andere hätte sein können. Nunmehr sei der Innenausschuss involviert, so dass man keine Korrektur der Arbeitsrichtung mehr vornehmen könne. Ein Klagerisiko könne auch er nicht erkennen.

Herr Westhagemann verwies auf die durchschnittlich 30 % Widersprüche in vergleichbaren Verfahren aus denen regelmäßig eine entsprechende Anzahl von Klageverfahren erwächst. Das Risiko von Klagen bestehe somit sehr wohl. Die Vorgehensweise Waldersee sei an dieser Stelle nicht beispielgebend, da bei diesen Maßnahmen keine Beiträge der Anlieger heranzuziehen waren, weil die Maßnahmen zu 100 % gefördert wurden.

Auch **Herr Maloszyk, Fraktion der FDP**, bezeichnete die Lex Waldersee nicht als maßgebend und eher als Sonderfall, den man hier nicht heranziehen könne. Spielraum in der Betrachtung sah er nicht.

Man hätte die Entscheidung zu Beginn des Prozesses anders treffen müssen, wiederholte **Herr Otto**.

Den Ablauf der Ereignisse reflektierend, sah **Herr Schönemann** entsprechende Chancen zur Richtungsänderung im Verlauf des Prozesses. Wenn nunmehr keine Entscheidungsgrundlage mehr vorliege, könne er die Vorlage entweder zurückziehen oder sie würde weggestimmt werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen wurde die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

2 : 2 : 3

Der Beschlussvorschlag wurde abgelehnt.

**12.2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 58 "Biogasanlage Lukoer Straße", Durchführungsvertrag, Abwägungs- und Satzungsbeschluss Wiedervorlage nach Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates am 06.06.2012
Vorlage: DR/BV/099/2012/VI-61**

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, verwies eingangs auf die bereits umfänglich im Bauausschuss geführte Diskussion zur Vorlage, die aus der Stadtratssitzung am 06.06.12 wiederum in das Gremium verwiesen wurde. Die Fragen der Bürgerinitiative seien mit Datum vom 05.06.12 durch die Verwaltung beantwortet worden, das Protokoll der entsprechenden Bauausschusssitzung habe man zu Beginn der heutigen Sitzung bestätigt. Persönlich könne er daraus nur schlussfolgern, dass keine Widersprüche der Bestätigung des bereits gefassten Beschlusses entgegenstünden.

Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD, verwies auf die Ausreichung des Antwortschreibens an die Bürgerinitiative „BIO-Gasanlage Roßlau“ als Tischvorlage zur Stadtratssitzung, was seiner Meinung nach einen Formfehler darstelle. In einem aktuellen Informationsbrief der Bürgerinitiative wird auf grobe Fehler in der Abwägung der Einwendungen hingewiesen, darüber hinaus hätte die Beantwortung der Fragen der Bürgerinitiativen nicht deren Erwartungen entsprochen.

Im Anschluss beantragte Herr Dreibrodt Rederecht für Herrn Dammann. Hierzu gab das Gremium seine einstimmige Zustimmung.

Darauf, dass die Bürgerinitiative in der letzten Bauausschusssitzung ihre Fragen stellen konnte, die daraufhin auch beantwortet worden, verwies **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Demzufolge seien heute auch nur neue Problematiken, Unbeantwortetes und Widersprüchliches vorzubringen. Er habe die Antworten der Verwaltung als schlüssig empfunden.

Bezug nehmend auf das Antwortschreiben der Verwaltung, wurde durch **Herrn Dammann, Vertreter der Bürgerinitiative „BIO-Gasanlage Roßlau“**, festgestellt, dass beispielsweise Leistungsangaben des Blockheizkraftwerks (BHKW) nicht mit den Herstellerangaben übereinstimmen würden. Außerdem wurde aufgezeigt, dass ca. 1/3 der Einsatzstoffe aus nördlicher bzw. nordöstlicher Richtung angefahren werden, dass jedoch 2/3 durch das Stadtgebiet Dessau zu transportieren seien, werde nicht erwähnt. Ebenso unberücksichtigt blieb – diese Arbeitsrichtung wurde in dem Redebeitrag zum Masterplan Innenstadt am heutigen Tag wiederum verdeutlicht – der anstehende Umzug der Verwaltung in die Dessauer Innenstadt. Er sei der Meinung, man winke hier ein Vorhaben durch, ohne die Meinung der Bürger entsprechend zu würdigen.

Nachdem **Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt- und Naturschutz**, die Angaben zur Leistungsreduzierung des BHKW's erläuterte beantragte **Herr Schönemann** das Rederecht für den Vertreter des Investors. Dem wurde seitens des Gremiums einstimmig entsprochen.

Herr Evels, Teamleiter Akquise der Bioenergiepark Dessau-Roßlau GmbH & Co. KG, beantwortete die aufgeworfenen Fragen zur Leistungsreduzierung sowie zur Errichtung eines eigenständigen BHKW's ohne Bezug auf die in Rede stehende Biogasanlage. **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, ergänzte, dass es sich hierbei um ein unabhängiges Genehmigungsverfahren handele.

Als weiteren Hinweis der Bürgerinitiative verwies **Herr Dreibrodt** auf Widersprüche des Vorhabens zum Regionalentwicklungs- sowie Flächennutzungsplan. Diese Fragestellung wurde bereits gegenüber der Bürgerinitiative beantwortet, so **Frau Jahn**. Unter Verweis auf die Erläuterungen in der Abwägung konstatierte sie im Gegensatz zu den Einwendungen der Bürgerinitiative eine Stringenz in den vorliegenden Planungen.

Zur Nachfrage von **Herrn Dreibrodt**, die Löschwasserbrunnen betreffend, verwies **Herr Schönemann** auf die Thematisierung in der letzten Sitzung sowie die schriftliche Beantwortung der Anfragen durch die Verwaltung.

Die nachfolgenden Fragen von **Herrn Dreibrodt**, die Beachtung des Bahnverkehrs im Lärmgutachten und notwendige Umweltverträglichkeitsuntersuchungen, wurden durch **Frau Jahn** und **Frau Dr. Kegler** beantwortet. Durch **Herrn Schönemann** erging der wiederholte Hinweis, dass die bislang aufgeworfenen Fragen bereits eine Erörterung in der letzten Sitzung und nachfolgend eine schriftliche Beantwortung fanden.

Nach der Äußerung von **Herrn Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, die von **Herrn Dreibrodt** unterstützt wurde, dass er ein grundsätzliches Problem mit der Anlage an diesem Standort bzw. mit dem Prozess der Standortwahl habe, verwies **Frau Dr. Kegler** auf den Stadtteil Dessau, an dem drei Anlagen als genehmigungsfähig eingeschätzt und die ausstehenden zwei Anlagen demnächst realisiert werden.

Im Ergebnis der Diskussion sei festzustellen, so **Herr Schönemann**, dass heute, nachdem die Fragen beantwortet wurden und das Protokoll Bestätigung fand, kein Grund für eine Ablehnung der Vorlage zu erkennen sei. Demzufolge sei sie zur Behandlung im Stadtrat freizugeben, eine neuerliche Abstimmung sei nicht notwendig, da keine Änderungen erfolgten und ein Beschluss des Gremiums bereits vorliege. Gegen diese Vorgehensweise wurden seitens des Gremiums keine Einwände erhoben.

Die Beschlussvorlage wird mit dem Votum aus der Sitzung vom 10.05.2012 (5 – 1 – 2) zur Beschlussfassung durch den Stadtrat in seiner Sitzung am 18.07.2012 eingereicht.

12.3. Architekturpreis der Bauhausstadt Dessau, Auslobungstext, Beurteilungskriterien und personelle Besetzung der Jury Vorlage: DR/BV/121/2012/VI-61

Ergänzend zum Grundsatzbeschluss zur Auslobung des Architekturpreises erläuterte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, die Auslobungs- und Bewertungskriterien sowie die personelle Besetzung der Jury, die über die Preisverleihung entscheiden werde.

Durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wurde folgender **Änderungsantrag** eingereicht:

Ergänzung der Sachpreisjury um einen Vertreter des Stadtrates (Vorsitzender des Bauausschusses, Herr Schönemann und im Vertretungsfall der Stellvertretende Vorsitzende des Bauausschusses, Herr Trocha) als Sachpreisrichter.

Abstimmungsergebnis:

4 : 1 : 2

Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich bestätigt.

Um das Verhältnis in der Jury dann wieder zu Gunsten der Fachpreisrichter zu gestalten schlug **Frau Jahn** vor, dass Herr Prof. Oswalt als Sachpreisrichter zu den Fachpreisrichtern wechselt. Dies fand die Zustimmung des Gremiums.

Daraufhin übernahm **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, als Vertreter des Einreichers den Änderungsantrag zur Vorlage.

Im Anschluss wurde die geänderte Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Der Beschlussvorlage wurde geändert bestätigt.

- 12.4. Abwägung der zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 174 "Kreuzbergstraße" der Stadt Dessau-Roßlau vom 9. März 2010 eingegangenen Stellungnahmen
Vorlage: DR/BV/125/2012/VI-61**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

- 12.5. Bebauungsplan Nr. 174 "Kreuzbergstraße" der Stadt Dessau-Roßlau - Satzungsbeschluss
Vorlage: DR/BV/126/2012/VI-61**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

- 12.6. Abwägung der zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 101 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte – Teilgebiet B1" der Stadt Dessau-Roßlau vom 12.07.2011 eingegangenen Stellungnahmen
Vorlage: DR/BV/140/2012/VI-61**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

- 12.7. Bebauungsplan Nr. 101 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet B1" der Stadt Dessau-Roßlau - Satzungsbeschluss
Vorlage: DR/BV/162/2012/VI-61**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

12.8. Zuschuss an die DESWA GmbH für Kanalbaumaßnahmen Teileinrichtung Oberflächenentwässerung Meiereistraße Vorlage: DR/BV/163/2012/VI-66

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

13. Öffentliche Anfragen und Informationen

13.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

Zum Stand im Ablauf der Planfeststellungsverfahren für die Ostrandstrasse 2. BA Ringchluss Dessau-Nord und 3. BA Zweite Muldebrücke gab **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, Erläuterungen. Er informierte über monatliche Kontrollberatungen mit allen beteiligten Ämtern, zum Terminablauf und dessen Erfüllung. Bis zum 25.06.12 werde man den Versand der Unterlagen zum ergänzenden Anhörungsverfahren vornehmen. Aufgrund der - nach der Ablehnung durch den Bauausschuss - abzuwartenden Stadtratsentscheidung zur Kreuzungsvariante Wasserstadt sowie witterungsbedingt nicht durchführbaren ergänzenden Umweltverträglichkeitsuntersuchungen sei ein Verzug gegenüber dem ausgereichten Terminplan von 4 Wochen zu verzeichnen. Zu bemerken sei, dass mit der gewählten Variante neben den nicht mehr anstehenden Enteignungen jedoch Eingriffsvergrößerungen in das besonders schützenswerte Biotop Weichholzaue verbunden seien.

Abschließend fasste Herr Pfefferkorn in einem Terminausblick zusammen, dass der Abschluss der Planfeststellungsverfahren im Jahr 2012 möglich, jedoch abhängig vom Umfang und der fachlichen Qualität der zu erwartenden Hinweise und Einwendungen sei.

Weiterführend informierte Herr Pfefferkorn zu dem aktuellen Terminablauf, die Planung, Ausschreibung und Realisierung des Ersatzneubaus der Muldebrücke (BW 11) betreffend. Man verständigte sich darauf, dass die Auflistung der Terminstellungen dem Sitzungsprotokoll als Anlage beigelegt und kurzfristig den Mitgliedern des Ausschusses per Mail ausgereicht wird. Zur Behelfsbrücke erklärte Herr Pfefferkorn, dass mit der Entscheidung am 10.05.2012 im Bauausschuss, die Behelfsbrücke dreistreifig (zwei Fahrstreifen in Richtung Westen und ein Fahrstreifen in Richtung Osten) zu bauen, im Zusammenhang mit der Wirtschaftlichkeitsprüfung das Risiko bestehe, dass die Finanzierung der 3. Fahrspur nicht förderfähig sei und somit durch die Stadt zu 100 % durch Eigenmittel getragen werden müsse. Das Tiefbauamt werde alles tun, die Notwendigkeit für die Durchführung des Gesamtvorhabens zu begründen und die Finanzierung durchzusetzen.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen.**

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

13.2. Sonstige öffentliche Anfragen und Mitteilungen

Durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde zum einen der Stand der Nachnutzungsbemühungen für das Verwaltungsgebäude und die Rundbogenhalle auf dem ehemaligen Junkalor-Gelände hinterfragt und zum anderen das Antwortschreiben auf seinen Hinweis auf den Zustand der Wege im Bereich Kühnauer Park/Weinberghaus als unzureichend bezeichnet. Da die Antwort nicht seiner Anfrage entsprach, werde er sich telefonisch mit dem Eigenbetrieb Stadtpflege, Frau Krause, in Verbindung setzen. Zu seiner Anfrage, die Defini-

tion eines Mischgebiets betreffend, bat er Herrn Hantusch um eine Abstimmung nach der Sitzung und Rückgabe der übergebenen Unterlagen.

Aufgrund der Relevanz hinsichtlich Grundstücksangelegenheiten verwies **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, zur Beantwortung des ersten Teils der Anfrage von Herrn Otto auf den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:00 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

16. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 20:15 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 27.06.2012

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

Anlagen:

- . Anwesenheitsliste
- . Ersatzneubau der Muldebrücke (BW 11) im Zuge der B 185, Aktueller Terminablauf für Planung, Ausschreibung und Realisierung